

Globalisierung

Investieren geht über exportieren

Der Welt-Investitionsbericht der Vereinten Nationen sagt aus, daß bereits heute das 1,2- bis 1,3fache dessen, was exportiert wird, durch Auslandsniederlassungen produziert wird (mit einem Gesamtwert von etwa 7000 Mrd. \$). Bis zum Jahr 2001 wird der (in diesem Sinne) lokal produzierte Ausstoß noch einmal verdoppelt werden.

Die Prosperität der Volkswirtschaften wird demnach immer weniger von Export-erfolgen und immer mehr von Inlandsproduktionen ausländischer Unternehmen abhängen. Für Direktinvestitionen attraktiv bleiben Asien, Lateinamerika sowie Mittel- und Osteuropa. Westeuropa gehört nicht dazu. Selbst mit dieser Einschränkung bleibt Deutschland noch einmal weit hinter Großbritannien und hinsichtlich der Neuinvestitionen auch hinter Frankreich und Belgien/Luxemburg zurück.

UNCTAD-Bericht

Weltkonjunktur lahmt

Die Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) erwartet für 1997 ein Wachstum der Weltwirtschaft von 3 % – zu wenig, um die großen Probleme der Welt zu lösen: die Armut im Süden und die Arbeitslosigkeit im Norden. Westeuropa erreicht danach mit 1,5 % nur die halbe Wachstumsrate (zum Vergleich: die USA kommen wieder auf 2,5 %). Eine Besserung wird erst nach dem Start der EWWU erwartet, wobei sich aus UN-Sicht die Einhaltung der Konvergenzkriterien in dieser konjunkturellen Situation lähmend auf die staatliche Wirtschaftspolitik auswirkt. Unter den Transformationsländern erreicht als erstes Polen in diesem Jahr das Niveau des Jahres 1989 wieder. Für Asien werden 6,9 % erwartet, für China allein beeindruckende 10 %. Auch Lateinamerika trägt erheblich zur Stützung des Durchschnittswertes bei.

In einem Vergleich der Situationen der Jahre 1995 und 1965 kommt die UNCTAD zu dem Ergebnis, daß die Entwicklung der Weltwirtschaft im Zeichen der Globalisierung die reichen Länder reicher und die armen ärmer gemacht habe – eine Polarisierung (das »Verschwinden der Mittelschicht«), die auch in den Volkswirtschaften selber Parallelen findet. So verfügten die sieben reichsten Länder 1965 über ein 20 mal so hohes Pro-Kopf-Einkommen wie die sieben ärmsten Länder. 1995 lag diese Relation beim Neununddreißigfachen. Eine Ursache hierfür sieht die Konferenz in dem Umstand, daß die Agrar- und Textilmärkte der entwickelten Volkswirtschaften nach wie vor weitgehend geschützt sind, also die traditionellen Einstiegsmärkte für der ärmeren Länder.

Internet

Electronic Commerce kommt

Das Internet ist anders: es kennt keinen Ladenschluß, Kunden und Interessenten hinterlassen Datenspuren, die der Marktforschung zugänglich sind, nur mit der Bezahlung, genauer gesagt: mit der Sicherheit der unterschiedlichen Zahlungssysteme, hapert es noch.

Ein wesentliches Element ist die digitale Unterschrift, zu der die EU einheitliche Standards für das erste Halbjahr 1998 angekündigt hat. Für die eigentliche Zahlung werden im wesentlichen Kreditkarten und Debitsysteme (elektronische Geldbeutel) eingesetzt. Für die Kreditkartennummern wird ein gesichertes Übertragungsprotokoll benötigt, um Mißbrauch möglichst auszuschließen; hierfür wird sich wohl SET durchsetzen, das von Visa und Mastercard entwickelte System für *Secure Electronic Transactions*. Debitsysteme eignen sich insbesondere für die Begleichung kleinerer Beträge.

Die Bundesregierung fördert den Handel im Internet durch die Finanzierung regionaler Kompetenzzentren sowie von Pilotprojekten mit zunächst 25 Mio. DM.

Bundesrepublik Deutschland

Deutschland im Herbst

Wie geht es weiter?

Die OECD sieht Anzeichen für eine Fortsetzung des bescheidenen Aufschwungs. Die Exporte werden weiterhin rege sein, Investitionen werden, im Anschluß an den erfolgten Lagerabbau, wieder stärker getätigt. Die Lohnentwicklung wird im bisherigen Rahmen erwartet. Angemahnt werden erneut eine Steuerreform, die nicht nur eine Senkung der Steuersätze, sondern auch eine spürbare Vereinfachung bringen soll, daneben eine grundlegende Reform der sozialen Systeme, hinsichtlich der Rentenreform insbesondere ein Übergang zu mindestens teilweiser Kapitaldeckung. Die Kosten des Gesundheitswesens sind im internationalen Vergleich immer noch deutlich zu hoch.

Das Herbstgutachten der sechs Wirtschaftsforschungsinstitute zeichnet auch kein wesentlich anderes Bild der Lage und der Erwartungen für das Jahr 1998. Das reale Wachstum des Bruttoinlandsproduktes wird mit 2,4 % (1997) bzw. 2,8 % (1998) angenommen. Die Arbeitslosenquote wird dabei von 11,4 auf 11,5 % (entsprechend 4,4 Mio. im Jahresdurchschnitt) zunehmen. Das Wachstum der Ausfuhr (1997 noch 10,5 %) wird etwas abgeschwächt auf 8,0 %, die Einfuhr wird nach 5,7 % im Jahr 1997 um 5,9 % zunehmen.

Die Bemühungen der Regierung, das Fiskalkriterium der Neuverschuldung zu erfüllen, werden wohl erfolgreich sein. Die Kommentierung der Institute, daß diese Bemühungen das Konjunkturklima belasten, gibt allerdings zu denken. Immerhin ist

der Konvergenzkurs auf Dauer angelegt, mithin eine Politik des *deficit spending* auch nach der Kür der EWWU-Teilnehmer nur in einem schmalen Band möglich. Hinzu kommt, daß die Gesamtverschuldung auch 1998 noch über der zulässigen Höchstgrenze liegen wird, bei den Ausgaben also weiter gespart werden muß.

Außenhandel

Im Weltmarkt geht die Sonne niemals unter

Der Außenwirtschaftstag 1997 in Bremen – dieses Mal mit Japan als herausgehobenem Partner – hatte natürlich auch die Position der deutschen Wirtschaft auf den Weltmärkten sowie kommende Entwicklungen zum Gegenstand. Dabei erwies es sich, daß in bekannten und vielfach beklagten Defiziten Chancen stecken, die durchaus genutzt werden können.

Defizite im Dienstleistungsverhalten – gemessen an internationalen Standards – betreffen nicht allein den tertiären oder Dienstleistungssektor, sondern gerade auch den Sektor der industriellen Produktion, Stichwort: *after sales services*. Der Wettbewerb der Produkte wird überlagert von einem Wettbewerb der Kulturen. So gesehen, ist es kein Wunder, daß die deutsche Position im asiatischen Markt als deutlich unterdurchschnittlich bewertet wird. Für viele deutsche Unternehmen stellen Verkauf und Lieferung einen Abschluß dar, während asiatische Hersteller nach dem Verkauf auf die Zufriedenheit des Käufers und schließlich auf eine dauerhafte Geschäftsbeziehung hinarbeiten.

Ein spezielles Defizit wird im kommunikativen Verhalten beklagt, zeitgemäß gemessen an der Präsenz in globalen Netzwerken. Das Internet kennt keinen Geschäftsschluß. Permanente Verfügbarkeit umfassender und aktueller Informationen sowie Erreichbarkeit von Partnern, unabhängig von lokalen Zeitzonen, sind dabei Forderungen, die durchaus erfüllbar sind, wie zwei Errungenschaften des gastgebenden Bundeslandes unterstrichen: das Bremen Business Net, ein Landesnetz, das Unternehmen gratis zur Verfügung steht, und ein neues Call Center, das seine Dienste vor allem solchen Unternehmen anbietet, die hauseigene Lösungen nicht realisieren können.

Steuerstaat

Kinder der Not

Statistische Ämter, Notenbanken, Wirtschaftsforscher, auch interessierte Stellen wie die zuständigen Ministerien, rechnen und rechnen und weisen übereinstimmend nach, daß Deutschland als Steuerstaat bzw. als Abgabenstaat (der Unterschied besteht in den zusätzlich berücksichtigten Sozialabgaben) in internationalen Vergleichen durchaus keine Spitzen-, sondern jeweils mittlere Positionen einnimmt. Was also stimmt nicht?

Alle Abgaben, die Bürger an den Staat zahlen, knüpfen an Abgabetatbestände an und verteuern sie so. Bei den Steuern dominieren in Deutschland die Lohnsteuer

und die Mehrwertsteuer mit 33,3 bzw. 29,7 % Anteil am gesamten Steueraufkommen (Schätzungen für 1997). Zum Vergleich: Der Beitrag der Körperschaftsteuer wird bei 4,4 % erwartet.

Zwei Zahlen aus der aktuellen Diskussion erhellen die Situation auf ihre Weise: Ein lediger Arbeitnehmer muß heute 55 % seines Bruttoeinkommens an den Staat abführen, in den fünfziger Jahren waren es 30 %. Und: Ein Handwerker, der einen anderen einen Tag lang beschäftigen will, muß selber fünf Tage dafür arbeiten. Selbst der Bundeswirtschaftsminister spricht von einer beschäftigungsfeindlichen Abgabenlast.

Die Lohnsteuer und die meisten Sozialabgaben knüpfen an Beschäftigungsverhältnisse an, verteuern also die Arbeit. Das ist in anderen Ländern anders. Zum Teil gibt es keine Priorität (mit Zwangscharakter) der öffentlichen Daseinsvorsorge gegenüber der privaten – ein Kind der Not, hier der Staatsräson des Deutschen Reiches nach dem Verständnis des Reichskanzlers Bismarck. Weltweit gibt es auch in keinem anderen großen Land eine Altersvorsorge nach einem an die Nettolohnentwicklung anknüpfenden Umlageverfahren – ein Kind der Not der Nachkriegszeit.

Kinder der Not haben ein langes Leben. Der Wettbewerb in der EU und auf den Weltmärkten nimmt aber keine Rücksichten auf lokale Nöte oder nationale Besonderheiten. Arbeit wird mit den Kosten bewertet, die ihr Einsatz mit sich bringt, nicht mit dem Nutzen, den sie im übrigen stiften mag. Unternehmen müssen Standorte so bestimmen, daß sie im Wettbewerb bestehen können (diese Rationalität ist im übrigen auch in den handlungslenkenden Elementen der Abgabensysteme selber angelegt), Arbeitnehmer dagegen haben kaum Wahl-, sprich: Ausweichmöglichkeiten. Der Steuerstaat hat viele Gesichter.

Europäische Union

Erweiterung

Überschaubarer Kreis

Die EU-Kommission hat vorgeschlagen, Verhandlungen über den Beitritt zur EU zunächst mit fünf Reformstaaten (Ungarn, Polen, der Tschechischen Republik, Slowenien und Estland) sowie mit Zypern zu führen. Auch dieses kleine Programm birgt Risiken, sei es in finanzieller Hinsicht, sei es in der Auseinandersetzung mit der Türkei. Die Finanzlast ist insgesamt noch nicht zu beziffern, die Verteilung noch nicht abschließend diskutiert und die Frage, ob die bisherige Obergrenze von 1,27 % des Bruttoinlandsproduktes ausreicht, nicht beantwortet. Die Türkei ist verstimmt über die 1964 in Aussicht gestellte, bisher aber verweigerte Mitgliedschaft sowie über das ungelöste zyprische Nationalitätenproblem. Vorsorglich hat sie bereits die verlauten lassen, im Falle eines weiteren Ausschlusses von der Mitgliedschaft das Zollabkommen in Frage zu stellen. Der deutsche Widerstand gegen die

Mitgliedschaft ist seither der geschmeidigen Position gewichen, eine Aufnahme nicht an eigenen Vorbehalten scheitern zu lassen.

Außenhandel

Lebhaftes Wachstum

Der Außenhandel der Europäischen Union ist der addierte Außenhandel ihrer Mitgliedstaaten mit Drittländern. Er nahm im ersten Halbjahr 1997, verglichen mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 12,2 % im Export und um 10,2 % im Import zu. Der gemeinsam erzielte Überschuß erreichte 17,3 Mrd. Ecu (gegenüber 10 Mrd. im Jahr 1996).

Die Außenhandelspositionen der einzelnen Länder weisen starke Unterschiede auf. Ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Situation wirft die Tatsache, daß der deutsche Handelsbilanzüberschuß allein 29,4 Mrd. Ecu betragen hat, also mehr als die Summe aller Mitglieder – einschließlich Deutschlands. Das höchste Defizit wies Großbritannien mit 11,7 Mrd. Ecu auf.

Außenbeziehungen

Lomé V

Das Abkommen der EU mit den AKP-Staaten, das sind 71 ehemalige Kolonien und ihnen gleichgestellte afrikanisch-karibisch-pazifische Staaten (Lomé-Abkommen I bis IV) steht für das Jahr 2000 zur Revision an. Erste Überlegungen kursieren bereits. Danach ist nicht zu erwarten, daß eine – und sei es modifizierte – Fortsetzung geplant ist. Die Gründe liegen in den geringen Erfolgen der bisherigen Abkommen, aber auch in den gewandelten weltwirtschaftlichen Verhältnissen.

Die Vorzugsbehandlung durch die EU (Präferenzpolitik) hat den AKP-Staaten keinen spürbaren Entwicklungsfortschritt gebracht, insbesondere keine Festigung der Position auf den freien Weltmärkten. Die europäische Bananenpolitik gewinnt in der Rückschau geradezu symbolischen Wert: Größer als der Nutzen für die Begünstigten ist der Schaden, der dem Ansehen der EU in der WTO und anderen Weltorganisationen zugefügt wurde.

Die neue Linie dürfte in wirtschaftlicher Hinsicht auf vermehrte Hilfe zur Selbsthilfe hinauslaufen, damit die betroffenen Länder im Wettbewerb besser bestehen können. Darüber hinaus dürften Lektionen in Demokratisierung wohlfeil sein, denn die Mißerfolge der Vergangenheit haben in starkem Maße mit der vielfach noch zu konstatierenden politischen Unreife in einem Teil dieser Länder zu tun.

EWWU

Franc-Zone

Der Französische Franc ist Bezugswährung des sogenannten schwarzen Franc, gemeint ist der Franc der CFA (Communauté Financière Africaine), die aus der Westafrikanischen und der Zentralafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion besteht. Der Kurs beträgt 100 FCFA = 1 FF. Der selbe Kurs gilt auch für den Komoren-Franc. Über garantierte Tauschverhältnisse haben die ehemaligen französischen Kolonien Zugang zu der konvertierbaren Währung des Mutterlandes.

Besorgnisse der afrikanischen Partner, die Ablösung des Französischen Franc durch den EURO würde das Ende dieser kleinen Währungsunion bedeuten, konnte Frankreich indessen zerstreuen: Es hat rechtzeitig dafür gesorgt, daß solche Abkommen von der EWWU nicht berührt werden.

Nordamerika

NAFTA

Arbeitsteilung begünstigt Mexiko

Die Verflechtung der Volkswirtschaften auf dem nordamerikanischen Kontinent ist inzwischen so eng, daß eine Abschätzung der Vor- und Nachteile des Freihandelsabkommens für die einzelnen Mitgliedsländer kaum noch möglich ist. Mexiko entwickelt sich dabei zur »Werkbank« der Industrieunternehmen der USA und Kanadas. Das Land stellt zugleich mit knapp 100 Millionen rund ein Viertel der Einwohner Nordamerikas, die bei Wachstumsraten der mexikanischen Wirtschaft von etwa 6 % jährlich erheblich dazu beitragen, daß der Motor weiterläuft.

Europäische Unternehmen nutzen Niederlassungen in Mexiko, um weitgehend zollfrei im nordamerikanischen Markt agieren zu können. Auswirkungen auf die Stammunternehmen in Europa sind dabei kaum festzustellen: die Stoßrichtung des Absatzes zielt eindeutig auf die USA und Kanada. Es findet also nur so etwas wie eine regionale Auslagerung von Produktionskapazitäten statt. Diese Situation kann sich erst dann grundlegend ändern, wenn Mexiko und die EU ihr beiderseits angestrebtes Freihandelsabkommen vereinbaren. Dann hätte Mexiko gute Chancen, auch zu einer Werkbank der europäischen Industrieunternehmen zu werden.

Kanada

An der Leistungsgrenze

Die Erfolge der kanadischen Wirtschaft lassen sich eindeutig auf das staatliche »Management« zurückführen. Die sparsame Haushaltsführung ermöglichte Zinssenkungen unter das Niveau des großen Nachbarn. Bis zum Jahr 2000 dürften der Bundeshaushalt ausgeglichen und die Neuverschuldung der Provinzhäushalte auf 0,2 % des Bruttoinlandsproduktes zurückgeführt sein. Die Geldpolitik der Noten-

bank führt zugleich zu einer Unterbewertung des Kanadischen Dollar, die wiederum die Warenausfuhr in hohem Maße begünstigte. Der Ausfuhranteil liegt mittlerweile bei 40 % des BIP.

Eine leichte Erhöhung der Leitzinsen im Oktober von 3,5 auf 3,75 % signalisiert vorsichtiges Bremsen, wohl nicht zuletzt mit Blick auf einige Daten, die im kurzfristigen Vergleich außer Betracht bleiben. Die Gesamtschulden der öffentlichen Hände liegen netto bei etwa 105 % des BIP und sind damit viel zu hoch. Die hohen Auslandsschulden von netto 333 Mrd. kan \$ sind überwiegend Staatsschulden. Die Auslandsanleihen haben zudem eine unausgeglichene Fälligkeitsstruktur mit der Folge, daß im nächsten Jahr 22 Mrd. kan \$ zur Zahlung anstehen.

Mexiko

Blickt auf Weltmärkte

Mexiko hat eine neue Statur gewonnen. Aus dem armen Nachbarn der USA, der noch 1994 in das tiefe Loch der Peso-Krise fiel, ist die zehntgrößte Exportnation der Welt geworden. Entscheidenden Anteil daran hat sicherlich die NAFTA, die natürlich dem am schwächsten entwickelten Mitglied zunächst die größten relativen Vorteile verschaffte und noch verschafft. Die Kehrseite dieses Erfolgs ist allerdings die stark gewachsene Abhängigkeit vom US-amerikanischen Markt.

Der offene Regionalismus, mit welchem Schlagwort die mexikanische Regierung ihr außenwirtschaftliches Konzept bezeichnet, ist nicht zuletzt ein Versuch, die Gefahr der einseitigen Abhängigkeit zu mildern, sie auszutarieren durch Verstärkung der Beziehungen zu den südamerikanischen MERCOSUR-Staaten und der EU.

Die zeitgleich mit der Europareise des mexikanischen Präsidenten erhobene Forderung der WTO, Mexiko solle seinen Außenhandel weiter liberalisieren, ist nur scheinbar auf das selbe Ziel gerichtet. Der WTO geht es um den Widerstreit zwischen spürbaren Fortschritten in regionalen Freihandelszonen und langwierigen Verhandlungen auf WTO-Ebene, während Mexiko die Anbindung an bestehende regionale Verbände, ja sogar an einzelne Handelspartner wie Deutschland sucht (denn auch die Assoziierungsverhandlungen mit der EU brauchen viel Zeit).

Das deutsch-mexikanische Investitionsschutzabkommen, das die Lage für deutsche Kapitalanleger in weiten Bereichen spürbar verbessert, wird deshalb als Erfolg gewertet und soll von deutschen Unternehmen als Signal für verstärktes Engagement im mexikanischen Markt verstanden werden.

USA

Dollarstärke schwächt

Im siebten Jahr des Aufschwungs der amerikanischen Konjunktur gibt es, wie stets, kleinere Schwankungen, diese aber auf so hohem Niveau, daß sie von außen nicht besonders beleuchtet zu werden verdienen. Eine Ausnahme macht die außen-

wirtschaftliche Position mit dem charakteristischen Handelsbilanzdefizit, das sich – trotz aller, auch außenpolitischen Anstrengungen – nicht nachhaltig senken lassen will.

Das monatliche Defizit in Höhe von rund 10 Mrd. \$ entsteht allein gegenüber Japan und China. Alle anderen Teilsalden heben einander, rund gerechnet, auf. Die Positionen Japans und Chinas verschieben sich in letzter Zeit. Im Juli waren es 5,2 bzw. 4,7 Mrd. \$ für Japan bzw. China, im August dagegen 4,5 bzw. 5,2 Mrd. \$.

Dieses nach wie vor größte Problem der amerikanischen Wirtschaft wird aktuell verstärkt durch die Dollarstärke. Der Dollar hat in den letzten Jahren – spiegelbildlich zum Yen, zum Pfund Sterling und zur DM – an Bedeutung als internationale Reservewährung gewonnen. Diese Stärke macht den amerikanischen Exporteuren zunehmend zu schaffen, nicht zuletzt in den Märkten Chinas und Japans.

Lateinamerika

3. Lateinamerika-Konferenz

Nachhaltigkeit ist gefragt

Die Lateinamerika-Konferenzen der deutschen Wirtschaft belegen das gegenseitige Interesse ebenso wie ungenutzte Wachstumsreserven. Unter dem Eindruck der asiatischen Börsenkrise, die sich schnell genug auch in Lateinamerika ausgewirkt hat, wurde durch die 3. Konferenz, die im November in Lima stattfand, die Einsicht gefördert, mehr auf Nachhaltigkeit als auf kurzlebige Attraktivität zu setzen.

Auf hoher Ebene wurden deshalb beschleunigte Verfahren gefordert, um die angestrebten Handelsabkommen der EU mit dem MERCOSUR und Mexiko abzuschließen. Besonderes Gewicht soll dabei der Abbau von Hemmnissen für Agrarexporte in die EU haben – was eine Abkehr von der unglücklichen Bananenpolitik bedeuten würde. Umgekehrt mußten sich die Vertreter Lateinamerikas ermahnen lassen, die Infrastrukturen zu verbessern, von der Energieversorgung bis zur Schulbildung.

Hinter den aktuell vorgetragenen Forderungen steht nicht zuletzt auch der Wettbewerb der Entwicklungsregionen untereinander. So blieb nicht verborgen, daß seit dem Zusammenbruch des Ostblocks der Entwicklungsprozeß des deutschen Engagements in Lateinamerika insofern geschwächt worden ist, als ein bedeutender Teil der wirtschaftlichen Auslandsaktivitäten gerade auch der deutschen Unternehmen dem Osten zugewandt wird.

MERCOSUR

Verbreitern oder vertiefen?

Die Erfolge des MERCOSUR, der südamerikanischen Wirtschaftsgemeinschaft, können den Fortbestand tiefgreifender Meinungsunterschiede in den Partnerländern nicht übertünchen. Insbesondere die großen Länder Brasilien und Argentinien be-

harren auf ihren Standpunkten. Argentinien präferiert eine Vertiefung der Gemeinschaft (ähnlich der EU), während Brasilien eher an eine Erweiterung denkt (ähnlich der ASEAN-Gruppe).

Einig sind die beiden Länder immerhin darin, daß die vom amerikanischen Präsidenten so vehement geforderte Panamerikanische Freihandelszone eine weitere Klammer, aber nicht das Ende des MERCOSUR sein soll. Die konkreten Probleme sind denjenigen anderer Gemeinschaften vergleichbar: Schutzzölle, Präferenzen, wettbewerbsverändernde Fördermaßnahmen, kurz die Neigung, die nationalen Interessen über das Wohl der Gemeinschaft zu stellen.

Anders als zum Beispiel im Verhältnis der NAFTA-Länder zueinander, findet in den MERCOSUR-Ländern bisher keine stärkere Verflechtung statt. Eine argentinische Studie weist etwa für den Zeitraum 1997 – 2000 erwartete Auslandsinvestition in Höhe von 53 Mrd. \$ aus und darunter lediglich 3,3 % aus dem großen Nachbarland Brasilien.

Paraguay hat mit einem neuen Gesetz attraktive Bedingungen für die Lohnveredelung im Land eingeführt (zollfreie Einfuhr, 1 % Zoll auf die Wertschöpfung). Die drei MERCOSUR-Partner sehen darin einen Verstoß gegen den vereinbarten gemeinsamen Außenzoll. Paraguay unterstreicht dagegen seine Absicht, mit diesem Gesetz gerade für die Partnerländer günstige Veredelungsbedingungen zu schaffen.

Asien

Autonomiegebiete

Öffentliche Finanzen

In den Palästinensischen Autonomiegebieten ist damit begonnen worden, die Staatsfinanzen zu ordnen. Erstmals erstellte die Haushaltskommission des Parlaments einen kritischen Bericht zum Budgetentwurf der Selbstverwaltungsbehörde. Diese Kontrolle wurde nicht nur vom Internationalen Währungsfonds und ausländischen Investoren verlangt, sondern auch vom Parlament selber, in dem sich der Verdacht hält, daß Staatseinnahmen ohne Umweg über den Haushalt auf Konten der PLO landen.

Das Budget hat ein Volumen von 1,7 Mrd. \$. Staatliche Einnahmen sind indessen knapp (rund 814 Mio. \$). Sie bestehen überwiegend aus indirekten Steuern (Zöllen und Mehrwertsteuer, zusammen rund 642 Mio. \$) sowie aus direkten Steuern auf Einkommen und Vermögen und auf die Gewinne insbesondere der Monopolbetriebe. Die indirekten Steuern (also rund 80 % der ordentlichen Staatseinnahmen) kassiert Israel und leitet sie im wesentlichen reibungslos über eine Clearingstelle weiter.

Die Zahlung der direkten Steuern wird offenbar erfolgreich vermieden. Pikanterweise wurde dieses Verhalten jahrelang geübt als Teil des Kampfes gegen die verhaßte israelische Besatzungsmacht. Die staatlichen Monopole vermeiden nach

einer Schätzung des IMF Steuern in Höhe von 200 Mio. \$ jährlich und sollen bis Ende 1998 aufgelöst werden.

China

Vorsichtige Maueröffnung

Die ideologisch verordnete Selbstgenügsamkeit im Verbund des kommunistischen Blocks ist in den letzten Jahren einem Entwicklungswillen gewichen, der ausländische Güter und Dienstleistungen in gewissen Grenzen einschließt. Zur Finanzierung sind entsprechende Lieferungen ins Ausland notwendig, die unter dem Druck eines globalen Qualitätswettbewerbs stehen und zum Teil unterschiedlich hohe Zollmauern überwinden müssen.

Den chinesischen Entwicklungsstand mit seinen Stärken und Schwächen zeigen einerseits die differenzierten Liberalisierungsangebote in den WTO-Verhandlungen, andererseits die Angaben der für 1996 vorgelegten Zahlungsbilanz. Ein eigenes Licht auf die Verhältnisse wirft der – teils offenkundige, teils verdeckte – Umbau der ehemaligen Kronkolonie Hongkong zu einer chinesischen Sonderwirtschaftszone.

Das Schutzbegehren, ausgedrückt in unterschiedlich langen Übergangsfristen, ist nicht allein auf einzelne rückständige Wirtschaftszweige gerichtet, sondern auch auf die Abwehr politisch nicht gewollter Annäherungen. Zur Stärkung der eigenen Verhandlungsposition werden wohl auch immer wieder leicht aufgebare Positionen einbezogen (z.B. Schiffsdiesel, die im Lande gar nicht in genügender Anzahl produziert werden können).

Die Handelsbilanz schloß mit einem Überschuß von 19,5 Mrd. \$ ab, die Dienstleistungsbilanz mit einem Negativsaldo von 14,4 Mrd. \$. Die Kapitalbilanz weist einen Saldo von knapp 40 Mrd. \$ aus, die reine Devisenbilanz dagegen Abflüsse von 31,4 Mrd. \$. Insgesamt ist das Ergebnis sicherlich zufriedenstellend.

Japan

Hü und hott

Japan erlebt, wie Deutschland, derzeit die schwerste Wirtschaftskrise seit Kriegsende. Mit »hü« ging die japanische Regierung deshalb in eine Exportoffensive, die im laufenden Jahr auch Früchte zeigt. Mit »hott« erhöhte sie anschließend die Mehrwertsteuer zum 1. April und brachte damit die Binnenkonjunktur fast zum Stillstand (das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte im zweiten Quartal um knapp 3 %). Gleichwohl empfiehlt die OECD – angesichts einer Staatsverschuldung, die sich dem Einfachen des Bruttoinlandsproduktes nähert, verständlicherweise – , die Konsolidierungspolitik fortzusetzen und nicht so sehr auf Instrumente der Geldpolitik zur Behebung der Krise zu setzen.

Importe, zumal auch Reimporte japanischer Produkte aus dem Ausland, wurden in der Folge so schwach nachgefragt, daß wiederum riesige Exportüberschüsse entstanden. Die zum Teil vorerst als gelöst gewählten Probleme der japanischen Wirt-

schaft sind so auf die wichtigsten Außenhandelspartner verlagert worden, vor allem auf die USA, die seit Jahren bemüht sind, ihr Defizit abzubauen, aber auch verstärkt auf die EU-Mitgliedstaaten. In der ersten Hälfte des laufenden Haushaltsjahrs, das im April begann, sind die Überschüsse auf 5100 Mrd. Yen (gegenüber 2900 Mrd. im Vorjahr) angewachsen.

Die Exporterfolge lassen sich fast ganz aus dem Abwertungsdruck des starken Dollar auf den schwächeren Yen erklären. Erzielt wurden sie denn auch von den klassischen Exportbranchen, dem Automobilbau und der Computer- und Telekommunikationsindustrie. Umstrukturierungen, die nachhaltige Erfolge möglich machen, sind darin derzeit noch nicht zu erkennen.

Mehr Statur gewann die japanische Wirtschaftspolitik durch ihre vorausschauende Sicherungspolitik im Verhältnis zu den asiatischen Währungen, die im Zuge der Baht-Schwäche ins Trudeln geraten sind. Der akute Wert- und vor allem Vertrauensverlust wird – unter Kontrolle durch den Internationalen Währungsfonds – vor allem von Japan durch geeignete Stützungsmaßnahmen zu überwinden versucht.

Taiwan

Alter Tiger schärft die Krallen

Taiwan hat eine Geschichte hinter sich, wie sie ähnlich von jungen Tigerstaaten gerade erlebt wird und anderen Entwicklungsländern noch bevorsteht: ein alter Tiger, der sich anschickt, auch im Kreis entwickelter Nationen bestehen zu können. Der angestrebte WTO-Beitritt ist nur ein Indiz von vielen.

Die Zeit der Billigangebote aufgrund von Standortvorteilen, die auf Entwicklungsunterschieden beruhen, ist vorbei. Taiwan sieht seine Chancen in der Entwicklung zur »Wissenschaftsinsel«. Gemeint ist ein zielbewußter Umbau der Wirtschaft mit deutlicher Ausrichtung auf Produkte mit hohen Wertschöpfungsspannen: Produkte, die intensive Forschung und Entwicklung erfordern, Produkte der Hochtechnologie. Der Anteil solcher Produkte soll bis zum Jahr 2010 stufenweise auf 50 % der gesamtwirtschaftlichen Produktion angehoben werden.

Die Regierung Taiwans verfolgt dieses Ziel auch in ihrer Außenhandelspolitik. In den ersten acht Monaten des laufenden Jahres wurde ein Investitionsvolumen von knapp 3 Mrd. \$ genehmigt – vornehmlich in den Sektoren Hochtechnologie, Elektro- und Elektronikindustrie.

Afrika

Ägypten

Zusammenarbeit

Die angestrebte Freihandelszone zwischen der EU und den ihr nicht angehörigen Mittelmeeranrainerstaaten kommt unterschiedlich gut voran. Das entsprechende

Abkommen mit Ägypten steht noch aus. Umso wichtiger sind bilaterale Abkommen zur Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, wie das kürzlich von deutschen und ägyptischen Industrieverbänden unterzeichnete.

Die Beziehungen zwischen beiden Ländern sind gut, der gemeinsame Außenhandel hat ein Volumen von 3 Mrd. DM erreicht und kann noch ausgeweitet werden. Die gegenseitigen Wünsche und Forderungen hielten sich deshalb auch im freundschaftlichen Rahmen. Von Ägypten wird erwartet, daß der solide Kurs beibehalten, die Liberalisierung vorangetrieben, insbesondere Einfuhrbeschränkungen weiter abgebaut werden, von Deutschland weitere Hilfe auf dem Weg in die EU-Partnerschaft und weitere Investitionen im Land.

Europa

Norwegen

Schlaraffenland?

Arbeitslosigkeit? – liegt bei 3 %, vielfach wird schon Arbeitskräftemangel beklagt. Staatsschulden? – längst abgetragen, der Haushaltsüberschuß erreicht 6 % des Bruttoinlandsproduktes, der nationale Petroleum-Fonds wird bis zum Jahresende 60 Mrd. Kronen umfassen. Pro-Kopf-Einkommen? – nähert sich 40.000 \$. Inflation? – betrug im abgelaufenen Jahr gerade 1,3 %. Leistungsbilanz? – der Überschuß wächst weiter, 1996 erreichte er 11,5 Mrd. Kronen, nicht zuletzt wegen des starken Dollar. Ölreserven (die Quelle des Reichtums)? – die bekannten Vorräte nehmen zu, die Ausbeute wird besser. Keine Sorge in Norge? –

Das kann man trotzdem nicht behaupten. Im Überfluß treten Verteilungsprobleme eigener Art auf. Die Tarifparteien nehmen Abschied von maßvollen Abschlüssen, die Banken unterstützen die Kreditfreudigkeit der konsumbereiten Bevölkerung allzu bereitwillig, in Wahlkämpfen werden immer größere Versprechungen gemacht. Überhitzung droht. Und die Notenbank? – sie ist, anders als andere Notenbanken, erstens politisch abhängig von der Regierung und sie hat zweitens vor allem für stabile Wechselkurse zu sorgen, nicht für einen stabilen Binnenwert der Norwegischen Krone.

Niederlande

Tendenz: erfreulich

Das kleine Wirtschaftswunder in den Niederlanden dauert an. Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes liegt (je nach Berechnungsverfahren) bei etwa 3 % und verspricht weiterzugehen. Die Arbeitslosenquote liegt mit 5,6 % um einen Prozentpunkt unter dem Vorjahreswert. Die Exporte nehmen zu und bilden eine wesentliche Stütze der Konjunktur. Die Leistungsbilanz ist mit gut 10 Mrd. Gulden je Quartal positiv. Allein die zunehmende Inflation bereitet Sorge. Im April betrug der Preisanstieg noch 1,8 %, im August waren es bereits 2,6 %. Im EU-Durchschnitt

waren es im August 1,8 % – und auch daran wird die Konvergenz der beitragswilligen Länder gemessen werden.

Für das Jahr 1998 sind Steuerentlastungen geplant, über die allerdings noch nicht definitiv entschieden ist. Die Richtung ist aber klar erkennbar: steuerliche Entlastung der Einkommen sowohl im Eingangsbereich wie auch in der Spitze.

Frankreich

Jobless growth

Nach den Irritationen im Zuge des Regierungswechsels zeichnet sich im Oktober ein konstanter Aufwärtstrend ab. Die Zunahme des Bruttoinlandsproduktes wird im laufenden Jahr bei 2,3 % erwartet, für das kommende Jahr sogar bei 2,9 %, darin sind sich Regierung und Forschungsinstitute einig. Die hohe Arbeitslosigkeit von 12,5 % wird dabei aber kaum zurückgehen. Diese Tatsache sowie vielfach herrschende unsichere Erwartungen gegenüber dem EURO lassen eine Zunahme der privaten Sparneigung erkennen, welche als Gefahr für die Binnenkonjunktur angesehen wird. Dies umso mehr, als die Außenbeiträge eher an Bedeutung verlieren dürften. Aus diesem Grund wird erwogen (und sogar von der Nationalbank empfohlen), den staatlich festgesetzten Sparzinssatz von derzeit 3,5 % auf ein marktnahes Niveau zu senken.

Spanien

Gut in Form

Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes wird in diesem Jahr und im nächsten jeweils mehr als 3 % betragen, die Jahresrate der Inflation liegt bei 2 %, 365.000 neue Arbeitsplätze entlasten den Arbeitsmarkt und stärken die Binnennachfrage, die Leistungsbilanz wird voraussichtlich zum dritten Mal in Folge einen Überschuß aufweisen, die Peseta tendiert ausgesprochen fest, und die Währungsreserven erreichen 70 Mrd. \$. Die Stimmung im Land ist gut. Spanien bereitet sich auf die Mitgliedschaft in der EWWU vor.

Es gibt aber auch kritische Stimmen. Zum einen nimmt die Inflationsrate seit einiger Zeit wieder zu – trotz eines Leitzinses von 5 %, der als Inflationsbremse eingesetzt wird. Mit Beginn der EWWU muß dieser Zins nach unten angepaßt werden, und es wird befürchtet, daß die Inflationsrate dann noch stärker steigen wird. Zum ändern machen es viele einmalige Vorgänge schwer, sich einen Eindruck von der wahren Haushaltslage zu machen: genannt werden Privatisierungserlöse in Höhe von 375 Mrd. Peseten im nächsten Jahr, aber auch besondere Belastungen durch teure Restrukturierungsmaßnahmen. Insgesamt wird befürchtet, daß die aktuellen Zahlen ein zu gutes Bild der Lage zeichnen.

Bulgarien

Allmähliche Annäherung

Bulgarien nähert sich dem Westen auch ohne konkreten Fahrplan für Beitritte zur NATO bzw. zur EU an. Gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfonds soll die Währung stabilisiert werden. Die Jahresrate der Inflation wird Ende 1997 immerhin bei über 600 % erwartet und soll im nächsten Jahr auf 21 % zurückgehen. Die Privatisierung der Wirtschaft schreitet voran. Die geplante Privatisierung der staatlichen Telefongesellschaft soll die Signale an ausländische Investoren noch einmal verstärken. Neben Anlegern sind insbesondere erfahrene Berater gefragt, um Fehlleitungen vermeiden zu helfen.

Als Kehrseite einer verzögerten Integration erweist sich aus der Sicht der Außenhandelspartner ein Zollregime, das alle bekannten Instrumente zugunsten der inländischen Wirtschaft einsetzt: Schutzzölle, Verbote, exzessive Melde- und andere Nebenpflichten, Kontingentierungen und weitere Maßnahmen. Allerdings ist zu bedenken, daß die bulgarischen Auslandsschulden (brutto) ein ganzes Bruttoinlandsprodukt betragen.

Die EU verfolgt denn auch eine vorsichtige Heranführungsstrategie, die dem Leistungsstand der bulgarischen Wirtschaft Rechnung trägt. Eine auf einen nahen Zielzeitpunkt hin ausgerichtete Kohäsionspolitik würde die bulgarische Wirtschaft auf absehbare Zeit nicht verkraften können.

Türkei

Schattenwirtschaft als Lichtblick

Allen Anstrengungen der Regierung zum Trotz gehen in der Türkei die Uhren doch erheblich anders als im Europa der EU. Der Internationale Währungsfonds lobte zwar kürzlich die Haushaltspläne der Regierung, beklagte aber die enorm umfangreiche Schattenwirtschaft des Landes. Experten schätzen, daß sich die »informelle« Wirtschaftstätigkeit in den vergangenen vier Jahren alljährlich verdoppelt habe, also in diesem Zeitraum auf das Sechzehnfache angestiegen sei. Insgesamt macht sie wohl zwischen einem Drittel und der Hälfte der Gesamtwirtschaft aus.

Die Steuerhinterziehungen entstehen zum einen aus der Tatsache, daß Gewerbe meistens erst dann angemeldet werden, wenn sie den Umfang von Großunternehmen annehmen. Die Autoindustrie zahlt deshalb praktisch ausnahmslos Steuern, in der Textilindustrie, dem anderen Extrem, dürften wohl nur 2 % der Betriebe »vollständig in die formelle Ökonomie integriert« sein. Zum andern entstehen sie aus nicht registrierten Kleinexporten (insbesondere an osteuropäische Händler und an Touristen). Die Steuerquote liegt deshalb bei weniger als 20 % des Bruttoinlandsproduktes, also grob gesagt auf dem halben Niveau dessen, was in den OECD-Staaten üblich ist.

Die Wirtschaft sieht die Verhältnisse positiv. Bei einer Inflation von 90 % muß jeder sehen, wo er bleibt, und die Gewinne der Schattenwirtschaft werden immerhin

in der Regel investiert, die Abgaben an den Staat dagegen versickern in beträchtlichem Maße in den Taschen korrupter Beamter, gehen also der Wirtschaft verloren. Die Dynamik der Gesamtwirtschaft beruht also zu einem beträchtlichen Teil auf der erfolgreichen Tätigkeit der Schattenwirtschaft.

Erstdruck in: Außenwirtschaftsbrief 6/97. Informationen für das erfolgreiche Auslandsgeschäft. Für den Inhalt verantwortlich: Günther Flemming. Köln, Dezember 1997: Deutscher Wirtschaftsdienst.